

An den Finanzbürgermeister
Michael Föll

Bericht der STZ am 22.1.2010 über Cross-Border-Leasing Geschäfte

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

im Amtseid der Gemeinderatsordnung geloben Sie gewissenhafte Erfüllung Ihrer Pflichten; insbesondere die Rechte der Stadt gewissenhaft zu wahren und ihr Wohl und das ihrer Einwohner nach Kräften zu fördern. Eine dieser Aufgaben ist, dass die Stadt die kommunale Daseinsvorsorge sicherstellt.

Laut Bericht von Herrn Schulz-Braunschmidt darf der Stadtrat Rockenbauch nicht einmal diese dubiosen Geschäfte in Frage stellen.

Zur Klarstellung: Die Cross Border Leasing Geschäfte nützen Steuerlücken der amerikanischen Finanzgesetzgebung aus, die es reichen Amerikanern ermöglichte, Steuern auf Kosten des amerikanischen Staates zu sparen. Wenn Finanzmakler und Investmentbanker solche Geschäfte machen, dann mag so etwas legal sein, es ist aber nicht legitim, dass ein gemeinnütziges Wesen wie der Gemeinderat mit diesen Steuerlücken Geld zu Lasten eines befreundeten Staates verdient. Dies ist ethisch unanständig, zumal für eine Christliche Partei, und widerspricht dem Geist der Gemeindeordnung.

Mit dem Cross-Border-Leasing verletzen Sie Ihren Amtseid, weil Sie Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge an ausländische Körperschaften vermieten. Damit hat der Gemeinderat keine direkte Verfügungsgewalt mehr über diese Einrichtungen. Dies ist sicherlich nicht zum Wohle der Stuttgarter Bürger.

Die Unterschrift unter die Cross-Border-Leasing Verträge ist einer weiterer Verstoß gegen Ihren Amtseid, der Sie zur gewissenhaften Erfüllung Ihrer Pflichten auffordert. Der Cross-Border-Leasing Vertrag umfasste über 1000 Seiten und war auf Englisch verfasst. Keiner der Gemeinderäte hat diesen Vertrag durchgelesen, geschweige denn verstanden. Es war gerade die Absicht der Verfasser dieser Verträge, diese so kompliziert zu verfassen, dass sie niemand verstehen konnte. Das ist keinem der Gemeinderäte aufgefallen.

Bei den Klärwerken hatten Sie Glück, dass Sie ohne größere Verluste aus diesem Geschäft gekommen sind. Bei den Wasserwerken war Ihnen das Glück nicht hold. Warum müssen eigentlich jetzt die Bürger für diese Fehlspekulation durch eine erhöhte Wasserabgabe dafür zahlen? Sollten nicht diejenigen, die diese Geschäfte eingefädelt haben, oder die entsprechenden Parteien für die Verluste aus diesen Geschäften haften?

In diesem Zusammenhang ist es ein Skandal, den Stadtrat Rockenbauch zu attackieren; er hat die Cross-Border-Leasing Geschäfte nicht initiiert. Angeklagt werden müssen die Initiatoren dieser Verträge. Sie haben nicht einmal die Größe, ihren Fehler einzugestehen, so wie es Herr Kanzleiter gemacht hat. In seinem Fall ist wenigstens eine kleine Einsicht in die Fehler der Vergangenheit da. Zur Erinnerung: wenn es nicht Menschen wie Herrn Rockenbauch und das Wasserforum gegeben hätte, dann wären auch noch Bildungseinrichtungen der Stadt Stuttgart verleast worden. Daher sind die Bürger dankbar, dass es solche Menschen wie Herrn Rockenbauch und Herrn Weber vom Wasserforum gibt.

Beraten wurden Sie übrigens von der Daimler Financial Services, die gleichzeitig die Geschäfte gemanaged hat. Als Finanzbürgermeister müsste Ihnen auffallen, dass man diese Verquickung auch Interessenkonflikt nennt. Aber das scheint kein Problem gewesen zu sein.

Als Lehre aus diesen Geschäften muss die Schlussfolgerung sein: Einrichtungen der Daseinsvorsorge gehören in die Hand der Kommune und sind unverkäuflich für alle Zeiten.

Mit freundlichen Grüßen

Manfred Niess